Hier finden Sie in der Regel am Mittwoch und am Samstag einen Überblick über interessante Videobeiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie anschauen wollen. Die Videohinweise sind auch auf unserer YouTube-Seite als spezielle Playlist verfügbar. Auch für die Rubrik „Musik trifft Politik" (erscheint an jedem Mittwoch) gibt es eine eigene Playlist (CG/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. USA vs. Iran
2. INF-Vertrag
3. 'John Bolton tried to assassinate me': Interview with Venezuelan President Nicolás Maduro
4. Markus Lanz vom 6. August 2019
5. „Exit-Deutschland" vor dem Aus: „Propaganda statt Deradikalisierung" – Interview mit Dr. Bernd Wagner
6. Nazi-Propaganda bei Daimler-Mitarbeitern | REPORT MAINZ
7. Exclusiv im Ersten: Staatsgewalt – Wenn Polizisten zu Tätern werden
8. Re: Plastikmüll statt Mode – Ersticken wir in Billig-Altkleidern?
9. Google and CNN vs. US Progressives
10. Musik trifft Politik

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Beiträge einverstanden sind. Sie können uns bei der Zusammenstellung der Videohinweise unterstützen, indem Sie interessante Fundstücke an die Adresse videohinweise@nachdenkseiten.de schicken. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **USA vs. Iran**
   - **BPK: Zukünftiger deutscher Einsatz im Persischen Golf mit US-Beteiligung doch nicht ausgeschlossen**
     Bei der heutigen Bundespressekonferenz bestätigte die Regierungssprecherin erneut die Absage an einer deutschen Mission in der Straße von Hormus unter US-Führung. Allerdings gelte diese Absage nur für den Augenblick und für die derzeitige Situation, hieß es auf Nachfrage von RT.
     Ein "Nein" muss nicht immer ein "Nein" bleiben, scheint die Devise der Bundesregierung in der Frage um einen deutschen Einsatz in der Straße von

Hormus zu sein. Die Absage von Außenminister Heiko Maas einer deutschen Beteiligung an einer US-geführten Mission stieß in Deutschland – und natürlich beim US-Botschafter in Berlin – auf einigen Widerstand. Vor allem einige Medienvertreter und Politiker kritisierten die Haltung der Bundesregierung scharf und begannen umgehend eine neue Debatte über einen deutschen Einsatz. Nun scheint die Bundesregierung diesem Druck nachzugeben und zeigt sich längst nicht mehr so kategorisch, wie es noch vergangene Woche der Fall war. Bei der heutigen Bundespressekonferenz wiederholte zwar die stellvertretende Regierungssprecherin, Ulrike Demmer, die Position von Maas und Kanzlerin Merkel, wonach "in der derzeitigen Situation und zum jetzigen Zeitpunkt" keine deutsche Beteiligung möglich wäre, "und da sind sich alle in der Bundesregierung einig". Die Nachfrage von RT, ob denn auch eine US-Beteiligung an einer europäischen Mission ausgeschlossen wird, brachte ein interessantes Eingeständnis der stellvertretenden Regierungssprecherin zutage. Die Absage in dieser Form ist demnach nur zeitlich befristet.
Quelle: RT Deutsch, 05.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Der Rote Platz #53: Auf der Straße von Hormus in den Krieg?**
  USA – EU: Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen
  Die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA war ein Spiel mit dem Feuer. Jetzt bricht das Feuer aus und es kann einen Flächenbrand auslösen. Ein dritter Weltkrieg ist nicht ausgeschlossen. Deutschland und Frankreich – die sind immer gemeint, wenn von „Europa" die Rede ist – wollen zwar nicht als Knappen Trumps in den Krieg ziehen, aber sie schließen Gewalt und Militär nicht aus. Jetzt macht die Wahnsinnsidee von einem deutsch-französischen Flugzeugträger Sinn. Und unter all denen, die im Krieg eine „ultima ratio" sehen, ist auch der Kanzler im Wartestand, der Grüne Robert Habeck.
  Quelle: weltnetzTV, 05.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Lesen Sie hierzu auch auf den NachDenkSeiten von Jens Berger "Robert Habeck und der Schutz der Handelswege – von welchen deutschen Schiffen ist hier eigentlich die Rede?".

2. **INF-Vertrag**
   - **Regierungssprecher können nicht erklären, wieso Moskaus Angebot zur Rettung von INF abgelehnt wurde**
     Der 2. August markierte das offizielle Ende des INF-Vertrages, der 32 Jahre lang ein wichtiger Bestandteil der Rüstungskontrolle war. Nach NATO-Lesart ist Russland für die Aufkündigung durch die USA schuld, doch an einer Bereinigung der offenen Fragen war man auch nicht interessiert.
     Wie eilig es die USA mit den neu erlangten Freiheiten nach dem Ende des INF-Vertrages hatten, zeigt sich mit der Ankündigung Washingtons, Mittelstreckenraketen in Asien stationieren zu wollen, die zuvor unter die Bestimmungen des Vertrages gefallen wären.
     Auch Bundesaußenminister Heiko Maas nahm das offizielle Ende am Freitag als Grund zum Anlass, über Twitter seine Sorge über den Verlust von einem "Stück Sicherheit in Europa" zu äußern, da eine Stationierung von US-Raketen auf europäischem Boden wieder möglich erscheinen. Russland lud deshalb Washington bereits ein, einem Moratorium zuzustimmen, wonach beide Länder keine solchen Waffensysteme auf den jeweils anderen richten werden, bis einer der beiden den ersten Zug macht. Bis jetzt gab es zumindest keine Antwort auf dieses Angebot, weder von den USA noch von der NATO oder der Bundesregierung. […]
     Im selben Tweet behauptete Maas allerdings noch, dass "Russland nicht das Nötige getan hat, um den INF-Vertrag zu retten", was die Regierung "bedauert". Was Maas allerdings nicht erwähnt, sind die mehrmaligen Angebote der russischen Regierung, die fragliche 9M729-Rakete vor Ort zu inspizieren, die von der NATO – und damit auch Deutschland – nicht angenommen wurden, um die Vorwürfe auf diese Weise zu klären. Damit drängt sich der Verdacht auf, dass die USA und NATO gar kein wirkliches Interesse hatten, um den INF-Vertrag in der

gegenwärtigen Form aufrechtzuerhalten.
Bei der aktuellen Bundespressekonferenz wollte RT deshalb von den Regierungssprechern wissen, weshalb diese mehrmaligen Angebote der russischen Regierung abgewiesen wurden. Die Antworten von Maria Adebahr, der Sprecherin des Auswärtigen Amtes, sprechen erneut für sich.
Quelle: RT Deutsch, 06.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Ende des INF-Vertrages: Der lang geplante Ausstieg der USA**
  Washington zieht sich aus einem 30 Jahre alten Abrüstungsvertrag am heutige Freitag, was Ängste über ein neues Wettrüsten entfacht. Diese Verträge über nukleare Mittelstreckensysteme hat beide Länder davon abgehalten, neue Waffen zu entwickeln, und hat somit zum Ende des Kalten Krieges beigetragen. Beide Seiten haben sich zuvor gegenseitig den Bruch des Vertrages vorgeworfen.
  Quelle: RT Deutsch, 02.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **In Erinnerung an den INF-Vertrag: Geschichte einer Hoffnung**
  Der INF-Vertrag, der der UdSSR (und später Russland) und den USA den Besitz, die Entwicklung und Tests von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mit 500 bis 5.500 Kilometern Reichweite verbot, ist tot. Einen Überblick zu seiner Geschichte bietet unser Clip.
  Quelle: RT Deutsch, 02.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

3. **'John Bolton tried to assassinate me': Interview with Venezuelan President Nicolás Maduro**
The Grayzone's Max Blumenthal sits down with Venezuelan President Nicolás Maduro in Caracas. We discuss the plots to kill him, US sanctions on food distribution, corruption allegations, and the corporate media's industrial grade demonization campaign against him and his elected government.
Quelle: The Grayzone, 05.08.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

4. **Markus Lanz vom 6. August 2019**
Zu Gast sind Politiker Cem Özdemir, Journalist Robin Alexander, Seenotretterin Pia Klemp und Neurowissenschaftlerin Maren Urner.
Quelle: ZDF

Anmerkung JK: *Cem Özdemir bei Lanz. Unerträglich, die Grünen sind die Kriegspartei. Özdemir hat nichts gegen uniformierte Bundeswehrsoldaten in den Schulen und ist natürlich für einen europäischen Flotteneinsatz im Persischen Golf. Er könnte sich auch einen Grünen Verteidigungsminister vorstellen. Gegen die Aufstockung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP ist er nur, da nicht geklärt ist, ob das Geld „sinnvoll" ausgegeben werden kann. Auf der anderen Seite spuckt er große Töne über die Flüchtlingsrettung im Mittelmeer und das Publikum applaudiert. Offenbar sieht niemand darin irgend einen Widerspruch.*

Lesen Sie auch auf den NachDenkSeiten "Wer grün will, wählt den Krieg. Eine

Einschätzung von Willy Wimmer“.

5. **„Exit-Deutschland“ vor dem Aus: „Propaganda statt Deradikalisierung“ – Interview mit Dr. Bernd Wagner**
   Die Aussteigerinitiative „Exit-Deutschland“ warnt in einem offenen Brief an Kanzlerin Merkel, dass der Kampf mit Extremismus gefährdet sei. Denn die Finanzierung des Programms bleibe im kommenden Jahr ungeklärt. Empört zeigt sich im Sputnik-Interview der Kriminologe und Mitbegründer der Beratungsstelle, Dr. Bernd Wagner. […]
   Sputnik: Wie erklären Sie sich das?
   Bernd Wagner: Das hat mit einem Umbau der Philosophie des Ministeriums zutun, das nicht darauf aus ist, die harten Formen des Rechtsextremismus in den Mittelpunkt zu stellen, das auch nicht den Islamismus in bedeutender Weise bedenkt und auch den Linksextremismus weitestgehend in das Reich der Fabel verweist – was in der gegenwärtigen Lage auf der Hand liegen müsste. Es soll in diesen Segmenten sogenannte „Kompetenznetzwerke“ entwickelt werden, in denen wir allerdings keine Rolle spielen. […] Es kann passieren, dass wir jetzt den Aussteigern Schritt für Schritt mitteilen müssen, dass wir sie nicht weiter betreuen können. Das heißt, sie werden faktisch der rechtsextremen Szene zum Fraß vorzuwerfen sein, was mich menschlich total angreift. Denn diese Leute haben mit der rechtsextremen, militanten Szene gebrochen und haben es jetzt nicht verdient, dass der Staat sie schutzlos im Gelände liegen lässt. Das finde ich sehr unanständig und das betrifft im Übrigen – wenn es auch die Generalpolitik der Regierung sein soll – auch Leute aus dem Spektrum des Islamismus. Von denen wir auch über 22 Leute betreuen. Das kann überhaupt nicht im Sinne der Terrorabwehr des Landes sein, eine solche Lücke zu hinterlassen. Aus politischer Eitelkeit und mit einer undurchdachten und durch nichts fachlich untersetzten, inhaltsleeren Konzeption. […] „Exit“ ist, einschließlich des Islamismus, relevant für die gesamte Form des militanten Extremismus, weil dort tatsächlich echte und oftmals sehr bösartig agierende Kämpfer aus dieser Szene herausgenommen werden. Das ist auch eine Frage des Opferschutzes. Jeder der die Szene militanter Kämpfer verlässt, ob Rechtsextremist, ob Islamist, ist ein Akt des Opferschutzes. Er geht nicht mehr in weitere Serie mit anderen zusammen. Er schießt nicht mehr, schlägt nicht mehr, er zieht sich aus der Szene zurück. Das wäre auch beim NSU damals eine Maßnahme gewesen. Wir haben dieses immer angeboten. Es gab auch Impulse aus dem NSU heraus, die Szene zu verlassen. Das ist nicht aufgegriffen worden. Nicht von den Sicherheitsbehörden, aber auch nicht von den anderen zivilen Organisationen. Die Folgen haben wir dann kennengelernt. […]
   Quelle: Sputniknews, 26.06.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Audios werden Daten an Soundcloud übertragen.

Inhalt von Soundcloud zulassen
Inhalte von Soundcloud nicht mehr zulassen

Finanzielle Förderung – Aussteigerorganisation Exit fürchtet um Existenz
Die Aussteigerberatung Exit-Deutschland schlägt Alarm. Denn der Bund könnte die Arbeit im nächsten Jahr nicht mehr weiter fördern. Und das in Zeiten eines Wiedererstarkten Rechtsextremismus.
Quelle: deutschlandfunknova, 27.06.2019

Der offene Brief von Dr. Bernd Wagner an die Bundeskanzlerin ist hier zu finden.

Hierzu auch von Dr. Hajo Funke "EXIT\|Finanzierung der Arbeit von EXIT-Deutschland ab 2020 unklar \| Frau Giffey, handeln SIE endlich!".

6. **Nazi-Propaganda bei Daimler-Mitarbeitern | REPORT MAINZ**
   Das Stammwerk der Daimler AG in Stuttgart wird von einem massiven Konflikt um Nazi-Postings und Hass-Botschaften erschüttert. Solche Posts wurden von Mitarbeitern über die sozialen Netzwerke geteilt.
   Quelle: SWR, 31.07.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung der SWR-Leserin Bri Gittchen auf Facebook: *Störung des Betriebsfriedens, rassistische Äußerungen, solch aggressives Verhalten sind glasklar jeder für sich genommen Kündigungsgründe nach Betriebsverfassungsgesetz. Ich bin selbst seit 20 Jahren Betriebsrätin und würde diesen Kündigungen ohne zu zögern zustimmen. Das Unternehmen ist verpflichtet, seine Beschäftigten zu schützen.*

7. **Exclusiv im Ersten: Staatsgewalt – Wenn Polizisten zu Tätern werden**
   Jedes Jahr gibt es in Deutschland 2.300 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wegen gewaltsamer Übergriffe – und die Opfer haben kaum eine Chance auf Aufklärung oder gar Wiedergutmachung. Im Gegenteil: Oft werden sie mit Ermittlungsverfahren überzogen und landen nicht selten selbst auf der Anklagebank. Die Dokumentation "Staatsgewalt" zeigt aktuelle Fälle und geht der Frage nach, warum Polizeigewalt in Deutschland faktisch straflos bleibt. Ein Fall ist der eines Rentners aus Jever, der bei einer zufälligen Begegnung mit der Polizei zu Tode kam. (…)
   Die meisten Fälle bleiben unter dem Radar der Öffentlichkeit. Die Dunkelziffer, sagen Experten, ist gewaltig. Der Grund dafür ist einfach: Nur wenige Betroffene zeigen die Beamten an und wenn, dann werden die Fälle systematisch vertuscht. Beamte manipulieren Beweise und Aussagen, decken sich gegenseitig und geben falsche dienstliche Erklärungen ab. Sie kommen damit durch, denn es gibt in Deutschland keine unabhängigen Ermittlungen. Oft wird sogar die eigene Einheit mit der Aufklärung eines Vorfalls betraut. Auch die Nähe von Staatsanwälten und Ermittlern wirkt sich negativ aus. Kaum ein Vorfall landet vor Gericht – seit 2010 werden im Schnitt in nur 1,97% der Gewaltdelikte überhaupt verhandelt. Die Folge: In Deutschland muss kaum ein prügelnder Polizist einen Richter fürchten. Deutschland hat ein strukturelles Problem mit rechtswidriger Polizeigewalt. (…)
   Dennoch hält man in Deutschland unabhängige Ermittlungsstellen – wie es sie in zahlreichen europäischen Nachbarländern gibt – für unnötig. Selbst ein relativ schwaches Instrument, ein Polizeibeauftragter, der analog zum Wehrbeauftragten agieren könnte, wird seit Jahren abgelehnt.
   Quelle: ARD, 29.07.2019

   Externer Inhalt

   Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

   Inhalt von Youtube zulassen
   Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

   Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch "Deutlich mehr Fälle von Polizeigewalt?" mit einer Anmerkung.*

8. **Re: Plastikmüll statt Mode – Ersticken wir in Billig-Altkleidern?**

Die weltweite Textilproduktion hat sich seit der Jahrtausendwende verdoppelt. Möglich macht das der zunehmende Einsatz synthetischer Fasern wie Polyester, dem Treibstoff der Fast Fashion. Altkleidersammler stöhnen unter der Billigklamotten-Flut, die immer schlechter verwertbar ist. Eine junge Textiltechnik-Studentin sucht nach Alternativen.
Längst hat sich der Kleiderkauf vom Bedarf entkoppelt, ist zur Freizeitbeschäftigung geworden. 60 Kleiderstücke kauft jeder Deutsche pro Jahr. Doch die vielen Billigklamotten – meist aus Fasermix – schaffen am Ende ihres Lebens Probleme. Helmut Huber, Altkleidersammler aus Nürnberg, stellt fest: Die Qualität wird immer schlechter. Er muss rund ein Drittel mehr Ware abholen und sortieren, um gleichviele, tragbare Altkleider wie vor zehn Jahren zu erhalten.Ein weiteres Problem: Billiger Fasermix lässt sich nicht recyceln, Outdoorkleidung aus reinem Synthetik-Material, das weder saugt noch puffert, taugt nicht mal mehr als Putzlappen. Wenn sich nichts ändert, so Huber, muss die Kleidersammlung eines Tages bezuschusst werden. Dazu kommt, dass Synthetikfasern beim Waschen Mikroplastik ins Abwassersystem abgeben. Franziska Uhl macht all das fassungslos. Die angehende Textilingenieurin aus Reutlingen ist durch Studium und Nebenjobs zur Kritikerin der Textilindustrie und des ungebremsten Kleiderkonsums geworden. Sie will in ihrem späteren Job nicht mithelfen, noch mehr billigen Fasermix zu produzieren, sondern sucht nach Alternativen. Dabei hat sie eine eigenwillige Lösung gefunden: eine Naturfaser, die nicht extra produziert werden muss: Chiengora – Hundehaar! Weich wie Kaschmir und, wie Franziska sagt, im Überfluss vorhanden. Gemeinsam mit einer Freundin hat sie inzwischen ein Startup gegründet. Die ersten Wollknäuel liegen schon in den Ladenregalen. Nun muss noch die größte Herausforderung gemeistert werden: Wie kommt Franziska im großen Stil an den Rohstoff heran?
Reportage (D 2019, 30 Min)
Quelle: arte, 28.06.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung CG: *Hundehaare über Züchter und Vereine? Im lokalen Bereich, wenn das kontrolliert nach ethischen Standards stattfindet, wäre das vermutlich denkbar.*

Aber im großen Stil für die Industrie? Da fällt einem doch sofort die grauenhafte Käfighaltung für Marderhunde in China ein, die dann zu Pelzkrägen gemacht werden, und weil diese gar so billig sind, häufig von den Herstellern sogar falsch deklariert werden als vermeintlicher "Kunstpelz". Der getragene "Plastikmüll" vermiest also inzwischen den Sammlern das Geschäft, aber über den Niedergang der Textilindustrie in Afrika, auch durch den Export von Altkleidern aus Europa, redet offenbar niemand mehr.

9. **Google and CNN vs. US Progressives**
   - **Google Screws Tulsi & She Sues For $50 million**
     Quelle: The Jimmy Dore Show, 31.07.2019

     Externer Inhalt

     Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

     Inhalt von Youtube zulassen
     Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

   - **CNN Caught Blocking Bernie Supporters From Camera w/Jordan Chariton**
     Quelle: The Jimmy Dore Show, 01.08.2019

     Externer Inhalt

     Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

     Inhalt von Youtube zulassen
     Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

10. **Musik trifft Politik**
    - **Kilez More – Friedensbewegung**

      Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **GREEN FROG FEET – “Ready Or Not”**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Mortality Rate – Climate Change**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **IDLES – MERCEDES MARXIST**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **A Friendly Dog in an Unfriendly World**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung: *In dieser neuen Rubrik wollen wir Ihnen Songs mit politischen und gesellschaftskritischen Texten vorstellen, die vielleicht noch nicht jeder Leser kennt. Wenn auch Sie Musiktipps für uns haben, mailen Sie uns Ihre Empfehlungen bitte an unsere Mailadresse für die Videohinweise videohinweise(at)nachdenkseiten.de mit dem Betreff: Musik.*